

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 13. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung**

vom:           **24.01.2023**

von:           **17:00 Uhr**

bis:            **18:35 Uhr**

Ort:            **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Stv Kraft, Florian	- als Vorsitzender
Stv Bell, Achim	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
AM Dehn, Sarah	vertritt Weber, Frank
AM Dörner-Lipinski, Monika	vertritt Heupel, Michael
AM Flohren, Angelika	
AM Hagen, Eva	
AM Hörnberger, Kevin-Lee	
AM Langemeyer, Susanne	- ab 17.07 Uhr
AM Nüßing, Elisabeth	
Stv Patt, Alexander	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	
AM Schloos, Ulrich	
Stv Six, Annette	
Stv Steffe, Roland	vertritt Dylong, Barbara
Stv Thimm, Heiko	

##### Beratende Mitglieder:

AM Becker, Monika	
AM Berghäuser, Sven	vertritt Dr. Berg, Reiner

AM Dr. Jänicke, Karin  
AM Lutz, Alexandra  
AM Richter, Lisa  
Stv Wittenburg, Samuel

Als Zuhörer:

AM Becker, Markus  
Frau Kerimi, Shirin  
AM Lixfeld, Julia

- Jugendparlament bis 18.31 Uhr

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt  
VA Uhr  
VA Meyer  
Stl z. A. Linpinsel  
VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Dylong, Barbara	vertreten durch Stv Steffe, Roland
AM Heupel, Michael	vertreten durch AM Dörner-Lipinski, Monika
AM Weber, Frank	vertreten durch AM Dehn, Sarah
AM Berg, Dr. Reiner	vertreten durch AM Berghäuser, Sven
AM Elsermann, Matthias	
AM Engelbert, Holger	
AM Henrichs, Christoph	
AM Jüngst, Werner	
AM Katz, Heike	
IntRM Lübke, Lada	
AM Schneider, Martina	- entschuldigt -
AM Sziburies, Peter	
AM Utsch, Michael	
AM Zelmanowski, Bernd	

**A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um die als Tischvorlagen vorgelegten Ergänzungsvorlagen zur Beantwortung der Anfragen

**2.1 Kehrmaschinen für Schulen**  
**- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 130/2023 A

**2.2 Sachstand Sanierung Schulhöfe**  
**- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 131/2023 A

**2.3 Sachstand Ausstattung Schulen mit W- Lan**  
**- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 132/2023 A

einstimmig zu.

**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 15.11.2022**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

**13. AfSuB 24.01.2023**

**2. Fragestunde**

**2.1 Kehrmaschinen für Schulen**  
**- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 130/2023

Vorlage Nr. AF 130/2023 A

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zu den Kehrmaschinen für die Schulen zur Kenntnis.*

**13. AfSuB 24.01.2023**

**2.2 Sachstand Sanierung Schulhöfe**  
**- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 131/2023

Vorlage Nr. AF 131/2023 A

Der Ausschuss habe beschlossen, den Fachausschüssen Prioritätenlisten, Priorisierungen und Konzepte vorzulegen, so Frau Nüßing. Dies sei nach Beantwortung der Anfrage weiter offen. Es könne so nicht bewertet werden, ob die Maßnahmen der Klimaresilienz der Stadt zuträglich seien. Da es sich um öffentliche Gebäude handele, bleibe diese Forderung nach wie be-

stehen und sie frage, wann dies dem Ausschuss vorgelegt werde. Wichtig für den Ausschuss für Schule und Bildung sei die Prioritätenliste für die Schulhöfe.

Herr Dezernent Schmidt führt aus, personell und monetär sei jährlich nur ein Schulhof umzusetzen. Bei Schulen, wo die Verwaltung sowieso tätig werden müsse, würde man sich auch dem Schulhof annehmen, es sei denn es gebe Förderprogramme, die man in Anspruch nehmen könne.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstand zu den Sanierungen der Schulhöfe zur Kenntnis.*

**13. AfSuB 24.01.2023**

### **2.3 Sachstand Ausstattung Schulen mit W-Lan - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 132/2023

Vorlage Nr. AF 132/2023 A

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstand WLAN- Ausbau an Schulen zur Kenntnis.*

**13. AfSuB 24.01.2023**

### **3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**13. AfSuB 24.01.2023**

### **4. Kurs "Fit for Care" des Weiterbildungskollegs - Mündliche Vorstellung**

Frau Dr. Jaenicke stellt den Ausschussmitgliedern den Kurs „Fit for Care“ des Weiterbildungskollegs vor und beantwortet sich ergebende Fragen. Es handelt sich um einen Kurs für Zugewanderte, die in der Pflege tätig werden wollen, aber noch nicht über einen Schulabschluss verfügen. Nähere Informationen sind auch der Homepage des Weiterbildungskollegs unter dem Link [Weiterbildungskolleg Siegen: Fit-For-Care und HS Klasse 9 \(weiterbildungskolleg-siegen.de\)](https://weiterbildungskolleg-siegen.de) zu entnehmen.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Vorstellung des Kurses „Fit for care“ des Weiterbildungskollegs zur Kenntnis.*

**13. AfSuB 24.01.2023**

## 5. Beratung des Haushaltsentwurfes 2023

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze des Haushaltsplanentwurfes 2023 und geht die Produktbereiche 3 (Schulträgeraufgaben) und 1 (bauliche Anlagen) durch.

An der Aussprache beteiligen sich die Herren Kraft, Wittenburg, Hörnberger sowie Frau Nüßing, Frau Pflogsch und Frau Hagen.

Im Rahmen der Aussprache wird thematisiert:

- ❖ das Fehlen der Medienentwicklungsplan bzw. einer Planung, nach welchen Kriterien IT-Mittel investiert werden,
- ❖ die Transparenz des Haushaltes. Im vergangenen Haushalt sei ablesbar gewesen, wann welche Schule zum Beispiel beim WLAN- Ausbau oder bei den Schulhöfen an der Reihe sei. In diesem Jahr sei dies nicht leicht zu erkennen gewesen.
- ❖ die Auskömmlichkeit der Personal- und Ausstattungsmittel, um die steigenden Aufgaben, die auf die Schulverwaltung zukommen bearbeiten zu können,
- ❖ steigende Schülerzahlen und die Berücksichtigung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und wie die Verwaltung mit den entstehenden Raumengpässen umgehen will,
- ❖ dass das Thema Grundschulen in den nächsten Monaten vermehrt in den Fokus rücken muss,
- ❖ das weitere Verfahren in Zusammenhang der Sanierung der Grundschule Hubenfeld,
- ❖ die Notwendigkeit der Kehrmaschine für den Schulbereich,
- ❖ dass es klimatechnisch oder für die Kinder eine schönere Alternative darstelle, wenn ein Schulhof so gestaltet sei, dass nicht mehr so viel Laub aufgesammelt werden müsse und man somit die Mittel für die Kehrmaschine für die Schulhofgestaltung einsetzen könne,
- ❖ ob eine mögliche Übernahme der Straßen- und Schneeräumung durch die Straßenreinigung besteht bzw. eine Beschaffung größerer Maschinen für mehrere Schulen erfolgen kann,
- ❖ die Aufteilung der Schulmittel für ukrainische Kinder und die Bereitstellung von zusätzlichen Mittel für zusätzliche Schüler, die der Schulträger bereitstellen muss,
- ❖ die 1:1- Ausstattung der Schulen mit Tablets. Das Förderprogramm habe dazu gedient, die Schüler für ihre Arbeit mit digitalen Medien auszustatten. WLAN sei dafür irrelevant, da die Schüler mit WLAN-unabhängigen Apps arbeiten sollen.
- ❖ dass für die administrative Verwaltung der Tablets WLAN erforderlich sei, damit die Dienstleister für die Stadt tätig sein können,
- ❖ die Produktbereiche, in denen sich Mehrkosten durch die Übernahme des Olper Standortes des Weiterbildungskollegs ergeben,
- ❖ ob in den eingeplanten Kosten für die zukünftige Spandauer Schule alle Gewerke enthalten seien,
- ❖ der Sachstand bezüglich eines neuen Entwurfes in Zusammenhang mit der Maßnahme Diesterwegschule,
- ❖ dass davon ausgegangen werden muss, dass die für die Diesterwegschule eingestellten Haushaltsmittel nicht auskömmlich sind. Derzeit sei man in der Planung noch nicht so weit fortgeschritten, dass man die angepassten Summen in den Haushalt habe einstellen können,

- ❖ dass mit der Mittelanpassung auch die Zeitschiene angepasst wird. Die Fertigstellung der Maßnahme in 2024 wird als unrealistisch angesehen.
- ❖ der Abschluss der Baumaßnahme des Erweiterungsbaus der Jung-Stilling-Schule in 2023,
- ❖ der Abschluss der Komplettsanierung der Rundsporthalle,
- ❖ die energetische Sanierung der Gesamtschule Eiserfeld, die aufgrund eines zu erstellen- den Konzeptes, welches Fenster, Dach und Fassadendämmung betrifft, ganzheitlich sa- niert werden soll.

Die sich ergebenden Fragen der Ausschussmitglieder werden von den Verwaltungsvertre- tern, Herrn Dezernent Schmidt, Frau Uhr und Herrn Meyer abschließend beantwortet.

Anträge zum Haushalt werden nicht gestellt.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Haushaltsentwurf des Jahres 2023 zur Kenntnis.*

**13. AfSuB 24.01.2023**

## **6. Anmeldeverfahren an den Grundschulen für das Schuljahr 2023/2024**

Vorlage Nr. VL 1199/2022

In der Anlage 2 der Vorlage seien die Anmeldezahlen nach Einzugsbereichen aufgeteilt. Auf- gefallen sei ihm, dass es bei drei Schulen mehr Anmeldungen gebe, als es der Einzugsbereich hergebe, so Herr Schloos. Er frage die Verwaltung nach einer Interpretation dazu.

Im Bereich Giersberg gebe es immer Bewegung zwischen den verschiedenen Schulen (Nord- schule, Giersbergschule, Jung-Stilling-Schule, Friedrich-Flender-Schule). Es seien ehemalige Einzugsbereiche und möglicherweise passten diese nicht mehr zur klassischen Zuordnung, so Herr Dezernent Schmidt. Die Montessorischule habe aufgrund ihrer integrativen Beschulung ein größeres Einzugsgebiet.

Auf die Frage von Frau Bialowons-Sting bezüglich der sechs abgelehnten Kinder an der Jung- Stilling-Schule und die lt. Vorlage noch offene Klärung, antwortet Frau Uhr, geklärt werde nur, ob drei Eingangsklassen gebildet werden könnten. Sollte dies der Fall sein, so seien es nur sechs abgelehnte Kinder, andernfalls müsse über eine Klasse abgelehnt werden, da die Aufnahmekapazität bei 56 Kinder liege.

Die Anmeldezahlen aus dem Bereich der Albert-Schweitzer-Schule an der Freien christlichen Schule machen ihm Sorge, so Herr Thimm. Ihm sei bekannt, dass alle schulpflichtigen Kinder aus dem Bereich Sohlbach/ Buchen an der Freien christlichen Schule angemeldet wurden und nur die, die keinen Platz bekommen hätten, sich an einer öffentlichen Schule angemel- det hätten. Die Schule ziehe eine bedeutende Kinderzahl an. 46 Kinder aus dem Bereich Geisweid halte er schon für erheblich.

Das Grundproblem lasse sich solange nicht lösen, wie Staat und Gesellschaft Schulen in freier Trägerschaft zulassen. Da es sich aber um einen Verfassungsgrundsatz handele, werde es

keine Änderung geben. Was er jedoch bestätigt sehe, sei die Annahme der Verwaltung, dass die Nachfrage nach der Schule nicht standortabhängig sei. Es spreche dafür, dass sich bestimmte Familien für ein bestimmtes Konzept und damit für bestimmte Schulen entscheiden. Andererseits könne man auch die Sichtweise vertreten, wenn sich z. B. die Geisweider Schüler besser verteilen und sich auch an den freien Schulen anmelden, entlaste dies auch die städtischen Schulen, so Herr Dezernent Schmidt. Bei der Freien christlichen Schule habe man ein sehr kooperatives Miteinander und es gebe ein gutes pädagogisches Konzept, er habe keine Sorge um die Kinder, die dort zur Schule gehen.

Frau Becker begrüßt, dass das Thema noch einmal angesprochen wird. Man sei froh gewesen, dass für die Freie christliche Schule nicht Geisweid als Standort gewählt worden sei. Die Sorge um die Geisweider Schulen finde sich in den Zahlen wieder. Die Albert-Schweitzer-Schule sei dabei, sich zu verdoppeln und dies in kurzer Zeit, was sie für eine Grundschule nicht positiv finde. Sie halte dies für einen möglichen Grund, warum Eltern aus Sohlbach/Buchen und Eltern aus dörflich geprägtem Umfeld ihre Kinder nicht an einer Schule solcher Größe, die auch durch Migration geprägt ist, anmelden wollen. Man befinde sich mit den Geisweider Schulen in einem guten Austausch. Die Befürchtungen von damals seien gewesen, in einem Bereich wie Geisweid, wo es wenige bildungsnahe Eltern gebe, man diese noch verliere, da diese Eltern ihre Kinder an anderen Schulen anmelden. Gerade für die Albert-Schweitzer-Schule sehe sie eine große Aufgabe und ein großes Problem. Im Ausschuss sollte dies nicht außer Acht gelassen werden und immer wieder Thema sein, da es für die Schule eine große Herausforderung darstelle.

Man müsse dem Schulträger der Freien christlichen Schule für seinen Schulstandort gratulieren und er habe sicherlich ein gutes Konzept. Bereits jetzt sei die Schule zweizügig. Er teile die Einschätzung von Frau Becker, Befürchtungen von damals bestätigten sich hier, so Herr Hörnberger. Aufgrund der Größe des Gebäudes könne die Sekundarstufe noch aufgenommen werden und man wisse nicht, wie viele Kinder aus den umliegenden Gemeinden in die Schule kommen und ob diese zweizügig bleibe oder ob bereits Dreizügigkeit bestehe.

Von Beginn an sei Zweizügigkeit geplant gewesen, anderes sei nicht bekannt, so Herr Dezernent Schmidt.

Auf Nachfrage von Herrn Schloos gibt Frau Becker eine Einschätzung ab, welche Bedarfe personeller Art sowie hinsichtlich der Unterstützung für eine Grundschule dieser Größenordnung bestehen.

Er halte Geisweid für problematisch und der Ausschuss bzw. der Arbeitskreis Schule sollte sich aufmachen, dieses Problem grundsätzlich anzugehen, so Herr Pfeifer. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, welches sich so langsam verdichte. Ihn interessiere der Zusammenhang zwischen Kita, Grundschule und weiterführenden Schulen. Diese soziologischen Fragestellungen müsse man dringend angehen und ein Forum dafür finden. Diese Probleme seien angedeutet worden und wenn sich jetzt durch die hinzugekommene Konkurrenz die Probleme und der Selektionsmechanismus noch verstärken, werde es Zeit, darüber nachzudenken, um das Ganze zu beurteilen. Er werde dies im Arbeitskreis Schule thematisieren.

Seit Jahren kritisiere er die Statistik hinsichtlich der Hammerhütter Schule, die keinen Einzugsbereich habe. Man könne zwar behaupten, es handele sich um eine für alle offene Bekenntnisschule, aber tatsächlich kämen die Kinder aus den Bereichen Diesterwegschule und Oberstruthschule. Es wolle wissen, wie viele Schüler aus dem eng begrenzten Bereich des Fischbacherberges in die Hammerhütter Schule gehen und wie viele davon in andere Schulen. Diese Information benötige man, vor allem bei einer Bekenntnisschule, sie werde aber vorenthalten bzw. verschleiert.

Geisweid sei ein toller Stadtteil mit guten Schulen und stelle kein Problem dar. Dies sei die falsche Herangehensweise, so Herr Dezernent Schmidt. Man könne die Faktenlage zusammentragen und überlegen, wie man mit der Situation umgehe.

Zur Hammerhütter Schule führt er aus, man sei an bestimmte Vorgaben der Zuordnung gebunden. Bei konkreter Nachfrage habe man die Schülerschaft nach Straßen oder Zuordnung aufgeschlüsselt. Dies sei auch in diesem Jahr möglich und könne dem Ausschuss oder dem Arbeitskreis zur Verfügung gestellt werden. Es handele sich um eine formalistische Vorgehensweise, an die man gebunden sei. Wenn man dies politisch lösen wolle, stehe die Verwaltung dem nicht im Wege.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt das Anmeldeverfahren der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2023/2024 zur Kenntnis.*

**13. AfSuB 24.01.2023**

## **7. Gemeinsames Lernen im Schuljahr 2023/2024**

Vorlage Nr. VL 1200/2022

Die FDP- Fraktion begrüße es, wenn viele der Schulen am Gemeinsamen Lernen teilnehmen, so Herr Hörnberger. Es verwundere jedoch, dass in der Auflistung bereits die Gesamtschule am Rosterberg aufgeführt sei, obwohl diese faktisch noch nicht existent sei. Man frage sich daher, ob die Vorlage geändert werden müsse, da man der Schule die Aufgabe noch nicht zuweisen könne.

Herr Wittenberg fragt, warum das F-J-M-Gymnasium als einziges Gymnasium das Gemeinsame Lernen anbieten solle und warum es die anderen Gymnasien nicht geworden seien.

Die Rechtslage sehe vor, dass Schulen des Gemeinsamen Lernens vorrangig die Haupt-, Real- und Gesamtschulen seien, so Frau Uhr. Gymnasien kämen hinzu, wenn das Platzangebot an den zuvor genannten Schulformen nicht auskömmlich sei, es sei denn, es handele sich um eine integrative Einzelbeschulung, die zielgleich unterrichtet werde. Was das Platzangebot angehe, sei es ausreichend, wenn man den Gesamtschulen die Kinder zuordne. Es würden 5-6 Schüler für das Gymnasium verbleiben. Da die Rechtslage eine Mindeststärke von 6 Schülern vorsehe, gingen die Kinder an ein Gymnasium und würden nicht aufgeteilt.

Frau Pflogsch äußert ihre Bedenken, dass einige Kinder mit bestimmten Förderschwerpunkten, die zielgleich unterrichtet werden, im Vergleich zu den Kindern ohne Förderbedarf keine freie Schulformwahl haben, so z. B. die Kinder mit Förderschwerpunkt Hören. Diese könnten



kein Gymnasium wählen. Es sei notwendig, die Schullandschaft so zu gestalten, dass alle Kinder, die zielgleich unterrichtet werden, die freie Schulwahl haben.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt das Vorgehen zum Gemeinsamen Lernen im Schuljahr 2023/2024 zur Kenntnis.*

**13. AfSuB 24.01.2023**

## **8. Benennung von Schulformvertretern**

Vorlage Nr. VL 1188/2022

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Bildung benennt Herrn Lisai als Nachfolger für Herrn Jüngst. Zudem wird Frau Guntermann als stellvertretendes Mitglied für die Schulform Gesamtschule benannt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**13. AfSuB 24.01.2023**

gez. Kraft  
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin